

## 2 Die Transformation der Gesellschaft zur Wissensgesellschaft

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befinden sich die spätmodernen Gesellschaften in einem Transformationsprozess, der bereits einige Jahrzehnte andauert und dessen Ende (noch) nicht absehbar ist. Es handelt sich dabei um Veränderungen innerhalb der Gesellschaftsordnung, die nahelegen, die heutigen Gesellschaften als Wissensgesellschaften zu begreifen. Als Folge dieser Entwicklungen kann ein veränderter gesellschaftlicher Stellenwert des Wissens – insbesondere des wissenschaftlichen Wissens – konstatiert werden.

Besagte Entwicklungen sollen im folgenden Kapitel 2 kursorisch nachgezeichnet werden und als Ausgangsbasis für weitere Betrachtungen und Analysen dienen. Dazu werden zunächst die Veränderungsprozesse in der Gesellschaftsordnung spätmoderner Gesellschaften analysiert, die es erlauben, die zeitgenössischen Gesellschaften als Wissensgesellschaften zu bezeichnen (Kap. 2.1). Dabei werden neben verschiedenen Verständnissen im Zusammenhang mit der Wissensgesellschaft auch alternative Deutungen der gesellschaftlichen Transformation der letzten Jahrzehnte vorgestellt. Von Interesse sind in diesem Kapitel zudem Rolle und Funktion von Experten und Expertise in der Wissensgesellschaft. Anschließend wird sich in Kapitel 2.2 dem Wissen als der für die Wissensgesellschaft zentralen Determinante gewidmet. In den Blick gerät dabei zudem – sozusagen als Kehrseite der Medaille – das Phänomen des Nichtwissens. Als Zwischenfazit und Überleitung zu Kapitel 3 wird schließlich für eine stärkere Einbeziehung auch nichtwissenschaftlicher Akteure – insbesondere der „einfachen Bürger“ – im Sinne einer „partizipatorischen Expertise“ plädiert.

### 2.1 Die Transformation der Gesellschaftsordnung

Stellvertretend für viele Wissenschaftler diagnostizierte der Soziologe Peter Weingart bereits vor mehr als einem Jahrzehnt zwei tiefgreifende Veränderungen im Hinblick auf den Zustand und die Zukunft der Gesellschaft an der Schwelle vom 20. zum 21. Jahrhundert:

„Die eine konstatiert einen epochalen Wandel der Gesellschaft von der Industrie- zur *Wissensgesellschaft*, die andere behauptet einen kaum weniger fundamentalen Wandel des Modus’ der Wissensproduktion, von der akademischen zu einer *postnormalen* Wissenschaft.“ (Weingart 2001: 11; Hervorhebungen im Original)<sup>16</sup>

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen stellt das Konzept der Wissensgesellschaft jedoch lediglich die derzeit populärste Selbstbeschreibung der gegenwärtig zu beobachtenden Transformation der Gesellschaft dar (Kajatzke/Engelhardt 2010: 11; Martinsen 2010: 113).<sup>17</sup>

### 2.1.1 Annäherungen an das Konzept der Wissensgesellschaft

Der Begriff Wissensgesellschaft wurde in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren in den USA geprägt. Seine Ursprünge finden sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur erstmals im Jahr 1966 in einem Aufsatz von Robert E. Lane in der *American Sociological Review* (vgl. Lane 1966). Dieser verwendete den Terminus *knowledgeable society* mit dem Verweis auf die allgemein wachsende gesellschaftliche Bedeutung speziell des wissenschaftlichen Wissens. Nur kurz nach Lane gebrauchte Peter F. Drucker (1968) in seinem Werk *The Age of Discontinuity* ebenfalls den Begriff Wissensgesellschaft.<sup>18</sup>

Eingang in die breitere sozialwissenschaftliche Debatte fand der Ausdruck Wissensgesellschaft jedoch erst durch Daniel Bells Studie *The Coming of Post-Industrial Society* (1973). Er benutzte den Begriff im Kontext seiner Arbeit zur postindustriellen Gesellschaft, die sich allmählich in den westlichen Industriestaaten herausbildete, und die geprägt sei durch die Zentralität theoretischen Wissens sowie eine zunehmende Abhängigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung von Wissenschaft und Technologie (Lau/Bösch 2003: 220; vgl. auch Steinbicker 2010).

Das frühe Verständnis von Wissensgesellschaft lässt sich dabei wie folgt zusammenfassen (Heidenreich 2003: 35f.):

- 
- 16    Wiewohl beide Phänomene – der Wandel der Gesellschaftsordnung wie der Wandel der Wissensproduktion respektive der Wissensordnung – in engem Zusammenhang stehen, liegt der Fokus der hiesigen Betrachtung in erster Linie auf den Veränderungen der Gesellschaftsordnung und dem Konzept der Wissensgesellschaft. Hinsichtlich der Debatte um die Veränderung der Wissensordnung siehe unter anderem Funtowicz/Ravetz 1993, Gibbons u. a. 1994, Ziman 1995, Etzkowitz/Leydesdorff 1997, Weingart 1997, Nowotny/Scott/Gibbons 2004 oder Rammert 2007: 191ff. Zum Begriff und zu verschiedenen Verständnissen von Wissensordnung siehe beispielsweise Spinner 1994, Huber 2007, Wehling 2006: 331f. sowie ders. 2007c.
  - 17    So sprechen andere Beobachter von der heutigen Gesellschaft als Informationsgesellschaft, Wissenschaftsgesellschaft, postindustrieller Gesellschaft oder postmoderner Gesellschaft (eine Übersicht bieten etwa Pongs 1999 und 2000 sowie Stehr 2001: 124-131).
  - 18    Zur Genese des Terminus’ der Wissensgesellschaft siehe auch Knoblauch 2010: 274ff.

- Die Wissensgesellschaft ist gekennzeichnet durch eine Expansion staatlicher und privater Forschungsaktivitäten, welche die Grundlage für die Verwissenschaftlichung zahlreicher Industriezweige darstellt.
- Die Expansion des Dienstleistungssektors führt zu einer Zunahme wissensbasierter Wirtschaftsaktivitäten.
- Die Berufsstruktur der Wissensgesellschaft ist charakterisiert durch professionalisierte, akademisch qualifizierte Wissensarbeiter.

Insofern wurde die Wissensgesellschaft zum damaligen Zeitpunkt in erster Linie als verwissenschaftlichte, dienstleistungszentrierte und akademisierte Gesellschaft verstanden.

Ab Mitte der 1990er Jahre erlebte der Begriff der Wissensgesellschaft sukzessive eine Renaissance. Er wurde nun neuerlich von sozialwissenschaftlichen Autoren aufgegriffen; andererseits konnte er sich jedoch insbesondere in der Politik und den Medien durchsetzen – immer im Kontext mit Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft (Weingart 2001: 325).<sup>19</sup> Als grundlegend neu angesehen wurde die gestiegene Bedeutung von Wissen als Ressource für ökonomische und gesellschaftliche Innovation und Wertschöpfung, die signifikante Ausdehnung von öffentlichen wie privaten Forschungsaktivitäten, ein zunehmender Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte, der enorme Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus sowie eine beträchtliche Zunahme der gesellschaftlichen Verteilung, des Umlaufs und des Zugangs zu Wissen (Schulz-Schaeffer/Böschen 2003: 9).

Generell muss konstatiert werden, dass sich in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion eine ganze Reihe von Konzeptionen zur Wissensgesellschaft finden. Heidenreich (2003: 25f.) stellt in einer ersten Bestandsaufnahme vier unterschiedliche Aspekte heraus. Demnach solle der Terminus Wissensgesellschaft erstens die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung neuartiger Informations- und Kommunikationstechnologien, auf ihre gesellschaftliche Nutzung sowie ihre Voraussetzungen lenken. Zum Zweiten wird der Fokus auf neue Formen der Produktion von Wissen und dabei insbesondere auf die wachsende Bedeutung von Wissen für die wirtschaftliche Entwicklung gerichtet. Drittens wird darauf verwiesen, dass die Wissensgesellschaft vielfach mit speziellen volkswirtschaftlichen Branchen, beispielsweise wissensbasierten Dienstleistungen oder Wissen produzierenden Sektoren, gleichgesetzt wird. Und viertens wird die Bedeutung lernender Organisationen, wissens- und kommunikationsintensiver Tätigkeiten sowie hochqualifizier-

---

19 Dennoch musste Weingart im Jahr 2001 überrascht feststellen, dass der Begriff Wissensgesellschaft zwar seit den 1990er Jahren begann, „die Vorstellungen der Politik und der Medien von der Gesellschaft der Zukunft zu beherrschen“ (Weingart 2001: 325), in der wissenschaftlichen Literatur dagegen praktisch nicht relevant war, und er konstatierte: „Die Zukunft in Gestalt der ‚Wissensgesellschaft‘ hat für die Wissenschaft selbst offenbar noch nicht begonnen.“ (ebd.: 326, FN 3)

ter Beschäftigter herausgestellt. Insofern geht es hinsichtlich der Debatte um die Wissensgesellschaft in der Hauptsache „um technologische, wirtschaftliche, wirtschaf tsstrukturelle, organisatorische und personalpolitische Veränderungen der Gegenwartsgesellschaft“ (ebd.: 26). Die heutige Gesellschaft unterscheide sich demnach grundlegend von der weitgehend nationalstaatlich regulierten sowie durch Massenproduktion und -konsum gekennzeichneten Industriegesellschaft aufgrund der zunehmenden Bedeutung „grenzüberschreitender Informations-, Kommunikations-, Waren- und Finanzströme und durch eine zunehmende Innovationsdynamik und Fragilität“ (ebd.) und kann deshalb als Wissensgesellschaft begrifflich auf den Punkt gebracht werden.

Eine für die bundesrepublikanische Debatte äußerst einflussreiche Konzeption stammt von Nico Stehr, der die sich herausbildende Gesellschaftsformation als Wissensgesellschaft bezeichnet, da hier Wissen – im Sinne wissenschaftlichen Wissens – in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche vordringt. Er stellt deshalb resümierend fest: „Der konstitutive Mechanismus dieser Gesellschaft wird Wissen sein bzw. die Identität dieser Gesellschaftsformation wird durch Wissen bestimmt sein.“ (Stehr 1994: 28f.)

Stehr erkennt dabei verschiedene zentrale Aspekte des Vordringens von wissenschaftlichem Wissen innerhalb der Gesellschaft, insbesondere

- die wissenschaftliche Durchdringung aller Lebens- und Handlungsbereiche, was allgemein als Verwissenschaftlichung bezeichnet wird;
- die Verdrängung anderer Wissensformen durch die Wissenschaft im Allgemeinen, durch wissenschaftliches Wissen im Besonderen, was sich etwa in der zunehmenden Professionalisierung von Berufen ausdrückt;
- eine Weiterentwicklung der Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft;
- die Herausbildung eines gesonderten Sektors der Politik, der Wissenschafts- und Bildungspolitik;
- die Entstehung eines neuen Produktionssektors, der Wissensproduktion;
- eine Veränderung der Herrschaftsstrukturen (Technokratisierung);
- eine Transformation der Legitimationsgrundlage von Herrschaft hin zu wissenschaftlich fundiertem Spezialwissen;
- die Entwicklung des Wissens zur Grundlage sozialer Ungleichheit und Solidarität oder zur Ursache sozialer Konflikte (ebd.: 36f.).

War die Industriegesellschaft von Eigentum und Arbeit geprägt, so wird Wissen demnach in der Wissensgesellschaft zum zentralen Organisationsprinzip (Jäger 2007: 664).

Nach Ansicht Peter Weingarts ist die Wissensgesellschaft dagegen gekennzeichnet durch enger werdende Kopplungen zwischen der Wissenschaft und

anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen, namentlich der Politik, der Wirtschaft und den Medien. Hierbei stattfindende Prozesse einer Verwissenschaftlichung der Gesellschaft wirken zugleich als Politisierung, Ökonomisierung und Medialisierung auf die Wissenschaft zurück. Insofern es sich um langfristige und nicht linear stattfindende Entwicklungen handelt, die durch unterschiedliche Dynamiken und Intensitäten charakterisiert sind, ist es demnach auch nicht möglich, einen eindeutigen zeitlichen Übergang zur Wissensgesellschaft auszumachen (Weingart 2001: 33, 124).

Helmut Willke ist – vor systemtheoretischem Hintergrund – mit seinem Urteil hinsichtlich der Wissensgesellschaft zurückhaltender. Zwar nimmt auch er die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte wahr, jedoch lässt sich nach seinem Verständnis von der Wissensgesellschaft bzw. einer wissensbasierten Gesellschaft erst dann sprechen,

„wenn die Strukturen und Prozesse der materiellen und symbolischen Reproduktion der Gesellschaft so von wissensabhängigen Operationen durchdrungen sind, daß Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig werden“ (Willke 1998: 162).

Die Wissensgesellschaft sieht er dann als verwirklicht an, sobald alle gesellschaftlichen Funktionssysteme – Wirtschaft, Politik, Medien, Familie u. a. – eigenständig Wissen erzeugen und für ihre Reproduktion nutzbar machen (vgl. auch Jäger 2007: 664). Insofern ist für ihn klar: „Die Wissensgesellschaft existiert noch nicht, aber sie wirft ihre Schatten voraus.“ (Willke 1998: 163)

### 2.1.2 *Alternative Gesellschaftsdiagnosen*

Die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen etwa vier Jahrzehnte wurden jedoch nicht nur mit dem Konzept der Wissensgesellschaft erfasst. Alternative Klassifizierungen sind etwa Wissenschaftsgesellschaft, Informationsgesellschaft, Netzwerkgesellschaft oder Modus 2-Gesellschaft.<sup>20</sup> Wie lässt sich das Konzept der Wissensgesellschaft von diesen alternativen Vorstellungen abgrenzen?

Der gemeinsame Ausgangspunkt all dieser Konzeptionen ist die Überzeugung, dass das Verständnis der Gesellschaft als Industriegesellschaft überholt ist. Diese befand sich demnach ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts peu à peu im Umbruch, exemplarisch verdeutlicht etwa durch einen umfassenden Beschäftigungsabbau im industriellen Sektor sowie das Schrumpfen oder gar die Schlie-

---

20 Für eine kursorische Diskussion dieser Klassifizierungen in Abgrenzung zum Konzept der Wissensgesellschaft siehe Knoblauch 2010: 269-280.

ßung ganzer Industriezweige. Die ihr chronologisch nachfolgenden Gesellschaftsformationen heben sich insofern vom Modell der Industriegesellschaft ab.

Eine erste Alternative zur Wissensgesellschaft beschreibt die nachindustrielle Gesellschaft als Wissenschaftsgesellschaft. Dies impliziert, dass das gesellschaftliche Funktionssystem der Wissenschaft kennzeichnend für die gesamte Gesellschaft ist. Entsprechend kann man die Wissenschaftsgesellschaft auch als verwissenschaftlichte Industriegesellschaft verstehen, in welcher das wissenschaftliche Wissen eine hegemoniale Stellung innehat und die gesamte funktional differenzierte Gesellschaft vom Funktionssystem Wissenschaft überlagert wird (Weingart 2001: 12, 334). Das Konzept der Wissensgesellschaft geht allerdings darüber hinaus, verweist es doch gerade auf die zunehmende Diffusion nicht nur von wissenschaftlichem Wissen in der Gesellschaft und auf eine steigende Relevanz nichtwissenschaftlicher Wissensformen (Bammé 2006: 282; Weingart 2001: 334f.). Zudem wird heute die Produktion und Validierung von Wissen nicht mehr nur durch eine institutionalisierte Wissenschaft, sondern auch durch andere Organisationen geleistet.<sup>21</sup> Insofern kann festgehalten werden: „Die künftige Wissensgesellschaft, so ist zu erwarten, wird keine Wissenschaftsgesellschaft sein.“ (Lau/Bösch 2003: 226)

Eine andere Akzentuierung findet sich beim Konzept der Informationsgesellschaft. Diese vor allem in den 1980er und 1990er Jahren populäre Interpretation der Gesellschaft konstatiert die enormen Möglichkeiten der Produktion, Verteilung und Verarbeitung von Informationen, Daten und Wissen sowie die sich stark erweiternden technischen Möglichkeiten der Kommunikation. Ein stärker technologisch geprägter Ansatz des Konzepts der Informationsgesellschaft geht dabei von einer tendenziell vollständigen Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit Informations- und Kommunikationstechnik aus; alternative Ansätze diagnostizieren hingegen eine graduelle Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung aufgrund des technischen Fortschritts im Bereich des Kommunikationswesens oder fokussieren auf eine zunehmende soziale Ungleichheit als Folge eines differenten Zugangs zu Informationen (vgl. Knoblauch 2010: 265; Stehr 2001: 124). Zur Untermauerung des Befundes eines Wandels von der Industrie- zur Informationsgesellschaft werden regelmäßig das immense Wachstum des Informations- und Kommunikationssektors in Volkswirtschaften in den vergangenen Jahrzehnten oder das Aufkommen von sogenannten „Informationsarbeitern“ (Knoblauch 2010: 271) angeführt. Auf einen zentralen Kritikpunkt am Konzept der Informationsgesellschaft weist indes Weingart hin: Der Begriff der Informationsgesellschaft transportiere demnach die Vorstellung, „daß

---

21 „Die *Disziplinen* sind nicht mehr allein die Organisationsformen, welche die Gegenstandsbereiche des Wissens definieren, und die *Universitäten* sind nicht mehr die alleinigen Orte, an denen (disziplinär gegliedertes) Wissen verbindlich für die Gesellschaft produziert und ihr zur weiteren Anwendung weitergegeben wird.“ (Weingart 2001: 334; Hervorhebungen im Original)

es in der zukünftigen Gesellschaft in erster Linie um die Verfügbarkeit möglichst umfassender Information und deren Verarbeitung geht, ohne daß der Gehalt der Information selbst problematisiert wird“ (Weingart 2001: 12).

Im Gegensatz zur Informationsgesellschaft definiere das Konzept der Wissensgesellschaft die gegenwärtigen Gesellschaften zudem nicht ausschließlich aufgrund ihrer technologischen Basis (Heidenreich 2003: 25).

In Anknüpfung an und als Kritik am Konzept der Informationsgesellschaft entwickelt Manuel Castells sein Konzept der Netzwerkgesellschaft (Castells 1996). Er charakterisiert die heutige Gesellschaft unter Verweis auf die weite gesellschaftliche Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie als vernetzte bzw. Netzwerkgesellschaft.<sup>22</sup> Für diese ist demzufolge nicht die Rolle von Wissen oder Informationen kennzeichnend; ihr besonderes Merkmal ist stattdessen die informationsbasierte Vernetzung (Knoblauch 2010: 271f.). Die fortwährenden kommunikationstechnologischen Innovationen, die mit Prozessen der Vernetzung einhergehen, stehen hier für grundlegende Veränderungen nicht nur der ökonomischen Produktions- und Distributionsbedingungen, sondern wirken sich auf die gesamte soziale Organisation der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme aus. Die Netzwerkgesellschaft entsteht infolge eines neuen technischen Paradigmas; ihr Motor ist die Informationsverarbeitung (Stehr 2001: 125).

Eine weitere Diagnose der gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte findet sich im Konzept der Modus 2-Gesellschaft (vgl. Gibbons u. a. 1994; Nowotny/Scott/Gibbons 2004), welches verschiedene alternative Perspektiven gewissermaßen „assimiliert“. Demnach lässt sich die Modus 2-Gesellschaft begrifflich entweder als Wissensgesellschaft oder als Risikogesellschaft (Beck 2006) fassen; beide Konzeptionen legen lediglich unterschiedliche Akzente auf die Analyse von Gegenwartsgesellschaften.<sup>23</sup> So stellt die Wissensgesellschaft die veränderten Produktionsweisen, etwa in Wissenschaft, Technik und Ökonomie, ins Zentrum der Betrachtung, wohingegen sich das Konzept der Risikogesellschaft auf die von der gesellschaftlichen Transformation Betroffenen wie Konsumenten, Bürger, Patienten, Laien oder auch Experten konzentriert (Nowotny/Scott/Gibbons 2004: 20).<sup>24</sup>

Dennoch stellt das Konzept der Wissensgesellschaft die Ausgangsbasis für den weiteren Gang der Argumentation dar: Zum einen aufgrund der Zentralität von Wissen für die Organisation zeitgenössischer Gesellschaften – wobei ausdrücklich nicht nur das wissenschaftliche Wissen gemeint ist; zudem erlaubt es,

---

22 Netzwerke werden dabei als hochgradig flexible und anpassungsfähige Organisationen verstanden, die aus einer Reihe von miteinander verknüpften Knoten bestehen.

23 Die Informationsgesellschaft nimmt dabei eine Mittelposition zwischen Wissensgesellschaft und Risikogesellschaft ein (Nowotny/Scott/Gibbons 2004: 20).

24 Für eine ausführliche Diskussion von Wissensgesellschaft und Risikogesellschaft im Rahmen der Modus 2-Gesellschaft siehe Nowotny/Scott/Gibbons 2004: 19-26.



weitere Dimensionen und Aspekte von Wissen in den Blick zu nehmen, etwa deren Kontexte und Paradoxien.

### 2.1.3 Zur Herausbildung der Wissensgesellschaft

Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich selten abrupt und spektakulär. So vollzog sich auch die Herausbildung der Wissensgesellschaft nicht etwa plötzlich und unvermittelt; sie war kein revolutionäres Phänomen, sondern vielmehr ein langwieriger, evolutionärer Prozess. Aufgrund dessen ist auch nicht eindeutig zu bestimmen, ab wann genau von der Emergenz eines neuen Gesellschaftstypus – in diesem Fall der Wissensgesellschaft – gesprochen werden kann, wann sich also die die Gesellschaft definierenden Merkmale geändert haben.<sup>25</sup> Die Herausbildung der Wissensgesellschaft ist zudem kein Ergebnis einfacher kausaler gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und verläuft auch nicht auf Basis eindeutiger Entwicklungsmuster. Stattdessen gab es eine Vielzahl von Determinanten (etwa politischer oder ökonomischer Art) oder auch Brüche, welche die Entwicklung zur Wissensgesellschaft beeinflussten. Insofern stellen die Gegenwartsgesellschaften, die hier als Wissensgesellschaften begriffen werden, heute durchaus heterogene Gebilde dar. Sie sind keine einheitlichen gesellschaftlichen Konfigurationen, sondern repräsentieren infolge verschiedener historischer, kultureller, politischer oder institutioneller Bedingungen ein umfassendes Spektrum unterschiedlicher Gesellschaftsformationen (Stehr 2001: 119f.).

Ein augenscheinlich zentrales Symptom für die Herausbildung der Wissensgesellschaft findet sich in der fundamentalen Veränderung der ökonomischen Struktur der industriellen Gesellschaft. Zwar war Wissen bereits in früheren Jahrhunderten ein Faktor ökonomischer Entwicklung; jedoch verlieren seit einiger Zeit verschiedene Determinanten, die in der Industriegesellschaft wesentlich das Potenzial wirtschaftlicher Entwicklung bestimmten, zunehmend an Bedeutung:

„Gemeinsamer Nenner dieser Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Industriegesellschaft ist ein Wechsel von einer Ökonomie, deren Produktion hauptsächlich durch ‚materielle‘ Faktoren bestimmt wird, zu einer Wirtschaft, in der Produktion und Distribution auf ‚symbolischen‘ oder wissensfundierte Faktoren basieren.“ (ebd.: 121)<sup>26</sup>

25 Dies ist darüber hinaus auch vom jeweiligen Verständnis in Bezug auf die Wissensgesellschaft abhängig.

26 Ähnlich auch Stehr 2003: „Wissen, nicht Arbeit und Eigentum, ist zunehmend konstitutiv für gesellschaftliche und ökonomische Aktivitäten. Wissen wird zur Grundlage der Möglichkeit wirtschaftlichen Wachstums und von Wettbewerbsvorteilen der Unternehmen, Nationen und Regionen der Welt. Diese Veränderungen erlauben es von einem Wandel der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft zu sprechen.“ (ebd.: 234)



Neben eine rein ökonomische tritt in der Wissensgesellschaft eine soziostrukturelle Bedeutung von Wissen: So wird betont, dass in der Industriegesellschaft das Eigentum an bzw. die Verfügung über Produktionsmittel das entscheidende Kriterium gesellschaftlicher Macht sowie Strukturbildung gewesen sei, in der Wissensgesellschaft jedoch insbesondere wissenschaftliches Wissen bezüglich gesellschaftlicher Funktion und Bedeutung an die Stelle materieller Produktionsmittel tritt (Weingart 2001: 14).

Bechmann und Stehr (2004: 11) identifizieren drei Entwicklungen, die in besonderem Maße zur Herausbildung der Wissenschaftsgesellschaft beitrugen und weiterhin beitragen. Zum Ersten sei ein rapider Zuwachs verfügbaren Wissens festzustellen, vor allem bedingt durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien. In diesem Zusammenhang entstehen neue Formen der Wissensproduktion, die sich nicht mehr nur auf den Hochschul- und Forschungsbereich beschränken. Zweitens machen die Autoren eine zunehmende Funktionalisierung des Wissens nach Nützlichkeitskriterien sowie Entscheidungsbedarf aus. In diesem Sinne soll Wissen vor allem handlungsrelevant sein.<sup>27</sup> Eine dritte Tendenz äußert sich darin, dass Wissenschaft und Forschung moralisch wie auch ethisch unmittelbar relevant werden. So wird insbesondere mit Blick auf die Gentechnik, auf Bio- und Nanotechnologie sowie die Hirnforschung auf ein vermeintliches Verschwimmen der Grenze zwischen Mensch und Natur hingewiesen.

#### *2.1.4 Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und Vergesellschaftung der Wissenschaft*

Die in diesem Kapitel betrachtete Transformation der Gesellschaftsordnung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist eng verbunden mit dem Phänomen der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft. Dieses ist deshalb von enormer Bedeutung, da der Befund der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft den Ausgangspunkt nahezu aller Konzeptionen zur Wissensgesellschaft bildet (Schulz-Schaeffer/Bösch 2003: 9).

Seit Beginn der Neuzeit war vor allem in Europa eine allmähliche Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene, spezialisierte Teilsysteme zu verzeichnen, welche etwa die Wirtschaft, die Kunst, insbesondere aber die Wissenschaft betraf. Diese sich herausbildenden Teilsysteme zeichnet im Allgemeinen eine größere Befähigung in der Bereitstellung spezieller Leistungen für die Gesellschaft und somit für die gesellschaftliche Entwicklung aus. Die Wissenschaft erkämpfte sich vor allem seit dem 17. Jahrhundert zunehmend ihre Unabhängig-

---

27 Im Ergebnis steigt in der Wissensgesellschaft die Handlungsfähigkeit des Einzelnen signifikant, die Grenzen des Machbaren erweitern sich (Stehr 2003: 20).

keit gegenüber der Gesellschaft. Erst die wissenschaftliche Autonomie, welche sich insbesondere gegen eine Einflussnahme des Staates und der Kirche richtete, schuf das Wissenschaftssystem, wie es bis ins 20. Jahrhundert hinein bestand und auch in weiten Teilen heute noch existiert. Diese soziale Distanz zwischen der Wissenschaft und den übrigen gesellschaftlichen Teilsystemen war die institutionelle Vorbedingung für eine leistungsfähige Produktion gesicherten wissenschaftlichen Wissens (Weingart 2001: 332).<sup>28</sup>

Heute jedoch ändert sich das Verhältnis der Wissenschaft zur Gesellschaft in zwei scheinbar gegenläufige Richtungen: die „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft“ wird begleitet von einem Trend, der mit ‚Vergesellschaftung der Wissenschaft‘ bezeichnet wird“ (Martinsen 2006a: 7). Dies findet nicht nur in der wissenschaftlichen Literatur, sondern auch in der öffentlichen Debatte breite Beachtung. Im Ergebnis – so der gegenwärtige Befund – verliert die Wissenschaft ihre über Jahrhunderte erkämpfte und behauptete Autonomie gegenüber der Gesellschaft.

Bereits Anfang der 1990er Jahre wiesen Braun und Schimank (1992: 332) darauf hin, dass sich die erkennbare Verwissenschaftlichung der Gesellschaft insbesondere auf drei Arten vollzieht: Zum Ersten durch eine immer stärker ausgeprägte wissenschaftliche Fundierung von beruflichem Wissen angesichts einer immer größeren Nachfrage nach Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt; zweitens aufgrund eines immer breiteren Spektrums wissenschaftlicher Beratungsleistungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; drittens infolge eines immer umfangreicheren Einsatzes wissenschaftlich fundierter Technologien.

Auch Martinsen (2006a: 13) sieht den Prozess der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft in erster Linie mit Blick auf einen zunehmenden gesellschaftlichen Stellenwert von Wissen sowie Wissenschaft. Sie weist in diesem Kontext auf empirische Evidenzen und Trends hin, die teilweise bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts zu beobachten sind, wie beispielsweise einen wachsenden Personenkreis mit akademischen Abschlüssen, steigende staatliche wie auch private Bildungs- und Forschungsausgaben, eine starke Beschleunigung der Produktion neuen Wissens oder eine zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. Dazu betont sie jedoch auch neuere Entwicklungen, etwa die steigende Abhängigkeit politischer Akteure von wissenschaftlichen Beratern und deren Expertenwissen oder ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Natur und Kultur aufgrund voranschreitender Forschungstätigkeiten (z. B. in der Gentechnik).

Aus einer differenzierungstheoretischen Perspektive zeigt sich für Bechmann und Stehr die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft vor allem in enger

---

28 Zum Prozess der Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Teilsystems Wissenschaft, der hier nur angedeutet werden kann, siehe unter anderem Stichweh 1994 sowie Weingart 2001. Zur Herausbildung der modernen Wissenschaft siehe beispielsweise auch Weingart 2001 oder Bösch 2003 und 2007.

werdenden Kopplungen der Wissenschaft gegenüber den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa Politik, Wirtschaft oder dem Gesundheitswesen. Sie erkennen in der Verwissenschaftlichung einen hochkomplexen, dynamischen Prozess des zunehmenden Distanzverlustes von Wissenschaft und Gesellschaft. Dies kann einerseits – so die Befürchtung – zur Instrumentalisierung der Wissenschaft führen, ermöglicht aber andererseits die Öffnung der Wissenschaft gegenüber Wissensformen jenseits von wissenschaftlichem Wissen (Bechmann/Stehr 2004: 13). Deutlich wird hier zum einen, dass – so suggeriert das Schlagwort der „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft“ – die Richtung der Einflussnahme von der Wissenschaft hin zur Gesellschaft verläuft; andererseits wird jedoch bereits erkennbar, dass dieser Prozess auch in die Gegenrichtung verläuft, also die Gesellschaft auch auf die Wissenschaft einwirkt. Dies wiederum ist mit dem Schlagwort „Vergesellschaftung der Wissenschaft“ gemeint.

Ganz allgemein kann man unter Vergesellschaftung der Wissenschaft die verstärkte Einflussnahme der Gesellschaft auf die Wissenschaft bzw. – konkreter – eine zunehmende Politisierung, Ökonomisierung und Medialisierung der Wissenschaft verstehen (Weingart 2001: 27). Gekennzeichnet ist diese Entwicklung durch eine „Heteronomisierung wissenschaftlicher Forschung durch außerwissenschaftliche Leistungsbezüge“ (Braun/Schimank 1992: 332).<sup>29</sup> Weingart (2001: 27) spricht mit Blick auf den Prozess der Vergesellschaftung der Wissenschaft von einer Re-Integration der Wissenschaft in die Gesellschaft. Im Zentrum steht hierbei eine Veränderung des Wissenschaftsverständnisses, wie es sich in den vergangenen Jahrhunderten im Zuge der Moderne herausgebildet hatte und in der kontextfreien, wertfreien und universell gültigen Forschung jenseits politischer, religiöser oder anderer gesellschaftlicher Imperative sein Ideal fand. Die nun zu beobachtende schleichende Verminderung der wissenschaftlichen Autonomie gegenüber der Gesellschaft hat eine elementare Veränderung der Legitimationsbedingungen der Wissenschaft zur Folge:

„Die alten Ideale der Wertfreiheit und Objektivität, die einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit des gewonnenen Wissens begründen, werden konfrontiert mit dem Anspruch auf praktische Nutzung von Wissen. Mit der steigenden gesellschaftlichen Nachfrage nach Wissen gewinnt zugleich der gesellschaftliche ‚Kontext‘, in dem das Wissen erzeugt und in den es eingebracht wird, eine entscheidende Bedeutung. Der gewachsene Gesellschaftsbezug macht wissenschaftliche Forschung zum Gegenstand wirtschaftlicher Nutzungsimperative sowie politischer Zielsetzungen, insbesondere auch von Mitgestaltungsansprüchen von Bürger(gruppen) und sozialen Bewegungen.“ (Martinsen 2006a: 16)

---

29 Braun und Schimank untersuchten diesen Trend bereits zu Beginn der 1990er Jahre für die Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Hochschulen und Ressortforschungseinrichtungen (vgl. Braun/Schimank 1992).

Insgesamt, so lässt sich festhalten, stellen die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und die Vergesellschaftung der Wissenschaft zwei Seiten derselben Medaille dar; es sind Entwicklungen, die parallel zueinander ablaufen und sich gegenseitig bedingen.<sup>30</sup> Die Frage, wie weit diese Prozesse bereits fortgeschritten sind, beantworten beispielsweise Nowotny u. a. mit der Feststellung, dass die Wissenschaft nicht länger einen autonomen Raum darstellt, der klar von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen wie Politik, Wirtschaft oder Kultur abgegrenzt sei. Vielmehr habe „[d]ie Wissenschaft [...] die Gesellschaft durchdrungen und ist ihrerseits von der Gesellschaft durchdrungen worden“ (Nowotny/Scott/Gibbons 2004: 67). Wissenschaft wie auch Gesellschaft sind demnach nicht nur zu Phänomenen der Grenzüberschreitung geworden und auf das Terrain des jeweils anderen vorgedrungen; sie seien mittlerweile nicht einmal mehr voneinander unterscheidbar (ebd.: 9). Auch wenn dieser Auffassung einer „Ent-Differenzierung“ (Bösch 2010: 160) zwischen Wissenschaft und Gesellschaft nicht gefolgt wird<sup>31</sup>, so ist doch festzuhalten, dass die Verbindungen zwischen diesen beiden Bereichen – oder, systemtheoretisch gewendet, die strukturellen Kopplungen zwischen der Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen – zunehmend enger werden und es empirisch in vielen Fällen schwerer wird, eine eindeutige Trennlinie zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu ziehen.

### 2.1.5 *Das Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie und die Rolle von Experten in der Wissensgesellschaft*

Im Zusammenhang mit der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und der Vergesellschaftung der Wissenschaft geraten verschiedentlich auch Prozesse der Demokratisierung politischer Systeme ins Blickfeld. Demnach hatte und hat die Wissenschaft für die Politik neben der Bereitstellung instrumentellen Wissens zur Lösung von Problemen noch eine weitere wichtige Funktion zu erfüllen: die Legitimierung politischer Entscheidungen. Sie erreichte dies in der Vergangenheit durch die Produktion und Bereitstellung „gesicherten“, d.h. verlässlichen und intersubjektiv übertragbaren Wissens“ (Martinsen 2006a: 17). Gerade mit Blick auf die Entwicklung moderner Demokratien ist dieser Zusammenhang evident. Weingart spricht hier von einer „Ko-Dynamik“ zwischen der Demokra-

30 Weingart spricht in diesem Zusammenhang von einer gleichzeitig stattfindenden „Verwissenschaftlichung der Politik, der Wirtschaft, der Medien und umgekehrt der Politisierung, Ökonomisierung und Medialisierung der Wissenschaft“ (Weingart 2001: 27; Hervorhebungen im Original).

31 So etwa auch Weingart: „Der partielle Verlust der sozialen Distanz zwischen der Wissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Umwelt ist nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung der Differenz zwischen der Wissenschaft und den anderen Funktionssystemen. Zwar nehmen die Grenzen einen komplexeren Verlauf an, aber sie werden keineswegs eingeebnet.“ (Weingart 2001: 34)

tisierung politischer Systeme und der Expansion des Wissenschaftssystems. So waren die Prinzipien der modernen akademischen Wissenschaft (Autonomie, Neutralität und Objektivität wissenschaftlicher Forschung), welche die Grundlage der Produktion gesicherten, vermeintlich objektiven Wissens darstellen, von zentraler Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Legitimationsformen von Herrschaft und haben die gesellschaftliche Entwicklung vor allem in Europa vorangetrieben (Weingart 2001: 30f., 67).

Doch ebenso wurde – die Kehrseite der Medaille – vor allem in den vergangenen Jahrzehnten die Wissenschaft nachhaltig von der Demokratisierung der Gesellschaft beeinflusst. So hat die fortschreitende Demokratisierung weiter Lebensbereiche zunehmend auch zu Forderungen nach einer Demokratisierung der Wissenschaft mittels Partizipation und Re-Integration dieser in die Gesellschaft geführt – Forderungen, welche zentral für die gesellschaftliche Legitimation der Wissenschaft sind. Hierbei wird zumeist abgestellt auf Entwicklungen hin zu einer Demokratisierung der Wissenschaft „im Sinne ihrer Einbeziehung in öffentliche Diskurse, in denen Entscheidungen über Forschungsprioritäten und über das von ihr produzierte Wissen allgemeiner Prüfung und Bewährung an demokratisch ermittelten Werten und Interessen unterworfen wird“ (ders. 2006: 156).

Dies stellt sowohl die Wissenschaft als auch die Gesellschaft insofern vor Herausforderungen, als es Ersterer teilweise bis weit ins 20. Jahrhundert hinein gelang, sich erfolgreich gegen Reflexion und kritische Überprüfung abzuschotten. Erst seit kurzem werden dagegen Wissenschaft und Wissensordnung „in ihrer historischen Kontingenz sichtbar, begründungsbedürftig und wenigstens prinzipiell entscheidungsoffen – und damit zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen“ (Wehling 2004a: 68f.).<sup>32</sup>

Besagte Demokratisierungsprozesse haben zudem Auswirkungen auf den Status und die Rolle von Experten und Expertise (vgl. auch Kap. 2.1.6). In modernen, hochkomplexen Gesellschaften bedarf die Politik stetig mehr wissenschaftlicher Expertise zur Bewältigung anstehender Probleme. Die geforderte Expertise übersteigt jedoch zunehmend die Kompetenzbereiche der jeweiligen Fachleute. Zudem wächst innerhalb demokratischer Gesellschaften die Skepsis an einer rein autoritativen Expertise zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.<sup>33</sup>

---

32 Peter Weingart fasst dies pointiert zusammen: „In massendemokratisch verfassten Gesellschaften ist die sich selbst steuernde Wissenschaft das letzte verbleibende Skandalon.“ (Weingart 2006: 49)

33 Gründe hierfür finden sich etwa in der steigenden Anzahl wissenschaftlicher Berufe, was die Kontrolle und Einhaltung der Grenzen von Expertendiskursen und die Diskursführung erschwert, sowie darin, dass die kognitiven Fähigkeiten der Öffentlichkeit steigen und sich neue Organisationen und Interessengruppen etablieren, welche die Autorität der Experten relativieren und Mitgestaltungsansprüche anmelden (Bechmann/Stehr 2004: 8f.). Nicht zuletzt tragen auch die Experten selbst aufgrund regelmäßiger, oftmals öffentlichkeitswirksamer Kontroversen untereinander wesentlichen Anteil an der Erschütterung ihrer Autorität. Siehe hierzu auch Martinsen 2010: 120f. sowie Grunwald 2008: 361f.

Immer häufiger werden Forderungen nach einer „Demokratisierung von Expertise“ (Martinsen 2006a: 18) artikuliert. So hat die Debatte darüber, wer bei bestimmten Themen legitimerweise als Experte gelten darf, in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich an Bedeutung und Dynamik gewonnen. Wessen Wissen und wessen Bewertungen von Relevanz sind, kann nicht mehr quasi zwangsläufig und ohne Weiteres mit Blick auf bestimmte wissenschaftliche Professionen und deren vermeintlich objektives Wissen entschieden werden, sondern wird immer mehr Gegenstand gesellschaftlicher Kontroversen. Expertise soll demnach nicht länger einem lediglich überschaubaren, exklusiven Kreis von Experten überlassen bleiben; stattdessen wird gefordert, auch Laien und ihr lokales bzw. Alltagswissen zu berücksichtigen. Auf dem Weg einer „partizipatorischen Expertise“ könnten Betroffene und Bürger dabei nicht nur in die Beratung von Akteuren und Institutionen des politisch-administrativen Systems (Politikberatung), sondern darüber hinaus auch in den Prozess der Wissensproduktion integriert werden (ebd.: 18f.; Weingart 2001: 347f.).<sup>34</sup>

### *2.1.6 Exkurs: Experten, Laien und Expertise*

Der enorme Zuwachs an Wissen – nicht erst, aber vor allem seit Anfang des 20. Jahrhunderts – ging mit dessen fortschreitender Spezialisierung und Fragmentierung einher. Die sich daraus ergebenden wechselseitigen Abhängigkeiten hinsichtlich des Wissens bildeten die Basis für die Entstehung der sozialen Rolle des Experten. Die heute vielerorts zu registrierende und propagierte „Expertenkultur“ spiegelt die unübersichtlich gewordenen Strukturen der Wissensproduktion und -verteilung zu Beginn des 21. Jahrhunderts wider (u. a. Weingart/Carrier/Krohn 2007: 294).

Experten sind allgemein dadurch charakterisiert, dass sie über umfassendes Wissen oder ausgedehnte Fähigkeiten innerhalb eines bestimmten Bereiches verfügen und diesen sowie das darin vorhandene und relevante Wissen überblicken. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist das Expertentum eine soziale Relation: Ein Experte muss von Dritten als Experte anerkannt werden. Der Status des Experten ist somit das Ergebnis eines sozialen Zuschreibungsprozesses. Experten wird ein besonderes Wissen – das Expertenwissen – zugeschrieben oder unterstellt. Die Zuschreibung des Expertenstatus steht dabei unter dem Vorbehalt der praktischen Bewährung, der damit verbundene Vertrauensvorschuss und die entsprechende Reputation der betreffenden Person ist schnell

---

34 Eine umfangreiche Diskussion verschiedener Aspekte einer Demokratisierung von Expertise, der Wissenschaft im Allgemeinen und der Wissensproduktion im Besonderen findet sich bei Weingart/Carrier/Krohn 2007: 305-314.

aufgebraucht (Schützeichel 2007: 549; Knoblauch 2010: 297). Insofern ist der Status des Experten prekär.

Eine gängige Unterscheidung, die lange Zeit fraglos akzeptiert wurde und erst in den letzten Jahrzehnten zunehmend in Frage gestellt wird, stellt dem Experten den Laien gegenüber.<sup>35</sup> Auch die Figur des Laien ist sozial bestimmt und kennzeichnet in Relation zum Experten einen Nicht-Fachmann, das heißt eine Person, die nicht über eine spezifische Qualifikation verfügt. Die Unterscheidung zwischen Experten und Laien ist gleichwohl variabel, sie wechselt je nach Thema und Problemstellung und ist praktisch auf alle Wissensformen anwendbar (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 295f.; Schützeichel 2007: 547).<sup>36</sup>

Auch wenn in das Feld der Expertise in den vergangenen Jahrzehnten einige Bewegung gekommen ist, sind es meist noch immer vor allem Personen aus der Wissenschaft, die klassischerweise als Experten fungieren, da wissenschaftliches Wissen gesellschaftlich gemeinhin noch immer als überlegenes Wissen angesehen und als zentral bei der Lösung von Problemen und der Legitimierung von gesellschaftlich relevanten Entscheidungen, die etwa durch die Politik getroffen werden (müssen), erachtet wird. Die von Experten in Form von Expertise erbrachte Leistung ist dabei zum einen an die (wissenschaftliche) Wissensproduktion rückgebunden, bezieht sich zum anderen auf den jeweiligen Beratungskontext, etwa politische oder wirtschaftliche Themen. Sie muss – da eine routinemäßige Anwendung vorhandenen Wissens häufig nicht zielführend ist – zumeist erst durch Recherche und die Einbeziehung unterschiedlicher Wissensbestände erzeugt werden, beinhaltet demzufolge eine gezielte Aufbereitung von Wissen, um für eine spezielle Problemstellung angemessen zu sein.<sup>37</sup> Der Charakter von Expertise ist indes ein zweifacher: Zum einen handelt es sich bei Expertise um für einen bestimmten Fall erzeugtes Handlungswissen, welches einer Erfolgskontrolle unterworfen ist; zum anderen stellt es gleichsam hypothetisches Prognosewissen dar, dessen etwaige Fehlerhaftigkeit erst bei seiner Umsetzung erkennbar wird (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 296, 301).

Die Figur des Experten wird heute als typisch für die Wissensgesellschaft angesehen: Angesichts des enormen Wachstums des Wissens, seiner Differenzierung und Fragmentierung nimmt die Abhängigkeit von Experten zu und ihre Leistung wird häufiger in Anspruch genommen. Gleichzeitig – dies wurde bereits angedeutet – sinkt ihre Reputation sowie Glaubwürdigkeit, wird Expertise

---

35 Eine weitere Abgrenzung ist die zwischen Experten und Spezialisten. Hierzu u. a. Knoblauch 2010: 297f.; Schützeichel 2007: 549.

36 Pointiert dazu Weingart/Carrier/Krohn (2007: 295): „Niemand kann Experte für alles sein und jeder ist Laie für vieles [...]“.

37 Dementsprechend wird von Experten eine eigenständige „Vermittlungsleistung zwischen übergreifenden Erkenntniszusammenhängen und einzelfallbezogenen Erwartungen“ (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 296f.) erbracht.



nicht mehr als unumstritten angesehen und verliert Expertenwissen an Verlässlichkeit (Schützzeichel 2007: 550; Stehr 2003: 41).

Als eine Option zur Steigerung der Legitimität von Expertise – denn die Nachfrage nach Expertise wird künftig vermutlich nicht abnehmen – wird eine stärkere Partizipation im Sinne einer „Einbeziehung weiterer, ansonsten vernachlässigter Repräsentanten von Wissen, Interessen und Werten“ (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 303) angesehen. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass der Status des Experten immer häufiger nicht mehr nur Wissenschaftlern zugebilligt wird, sondern zunehmend auch Personen, „von denen angenommen wird, dass sie aufgrund ihres routinemäßigen Umgangs mit bestimmten Themen Erfahrungen in relevanten Handlungskontexten gesammelt haben und daher Vertrauen sowie gesellschaftliches Ansehen genießen“ (Stehr/Grundmann 2010: 9) – eine Entwicklung, die mit den Stichworten „Demokratisierung von Expertise“ bzw. „partizipatorische Expertise“ bereits angesprochen wurde (siehe Kap. 2.1.5).

## 2.2 Wissen und Nichtwissen in der Wissensgesellschaft

In der Wissensgesellschaft ist die Wissenschaft als Teilsystem der Gesellschaft zwar Veränderungen unterworfen, dennoch wäre es falsch, generell von einem Bedeutungsverlust dieser zu sprechen. Dagegen ist eine abnehmende Relevanz des *gesicherten* wissenschaftlichen Wissens bei gleichzeitig wachsender gesellschaftlicher Bedeutung des wissenschaftlichen Nichtwissens – einem Phänomen, das zunehmend in den Fokus der Diskussion gerät – zu konstatieren (Wehling 2003: 121). Zugleich erhöht sich in der Wissensgesellschaft jedoch auch sukzessive der Stellenwert nichtwissenschaftlichen Wissens, etwa von lokalem, kontextspezifischem oder alltäglichem Wissen.

Dieses Teilkapitel thematisiert vor diesem Hintergrund – aufbauend auf den erörterten Veränderungen der Gesellschaftsordnung sowie der sie vorantreibenden Prozesse der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft bzw. der Vergesellschaftung der Wissenschaft – zunächst den gesellschaftlichen Stellenwert von wissenschaftlichem wie nichtwissenschaftlichem Wissen sowie im Anschluss daran das Phänomen des Nichtwissens in der Wissensgesellschaft. Zwei zentrale Tendenzen, die mit der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft einhergehen und welche die Frage um die künftige Bedeutung von Wissen und Nichtwissen betreffen, seien hier bereits im Vorfeld benannt: Als gesellschaftlich folgenreich ist demnach festzuhalten, dass wissenschaftliches Wissen in Handlungsbereichen zum Einsatz kommt, in denen es in Konkurrenz zu anderen, nichtwissenschaftlichen Wissensformen steht und sich dabei nicht automatisch als das überlegene Wissen erweist. Wissenschaftlich bedeutsam ist zudem, dass die Wissenschaft

ihre eigenen Geltungsansprüche angesichts dieser konkurrierenden Wissensformen in Frage gestellt sieht, sowie, dass ihr zunehmend die gesellschaftliche Verantwortung für Risiken wissenschaftlichen Nichtwissens zugeschrieben wird (Schulz-Schaeffer/Bösch 2003: 23).

### 2.2.1 Wissen

#### 2.2.1.1 Wissen als sozialwissenschaftliche Kategorie

In der Wissensgesellschaft ist Wissen – wie bereits in Kapitel 2.1 ausgeführt – die zentrale gesellschaftliche Determinante. Dabei handelt es sich bei Wissen um eine heterogene, facettenreiche, sowohl alltägliche wie auch wissenschaftlich-analytische Kategorie. Inzwischen existieren vielfältige, zumeist dichotome und idealtypische Unterscheidungen verschiedener Wissenstypen bzw. -formen: etwa Erfahrungswissen vs. vermitteltes Wissen, praktisches vs. theoretisches Wissen, alltägliches vs. wissenschaftliches Wissen, explizites vs. implizites oder nicht-explizites Wissen, Objektwissen (was wird gewusst) vs. Prozesswissen (wie wird gewusst), Faktenwissen vs. Strukturwissen etc. (vgl. Kübler 2010: 174-176). Gottschalk-Mazouz (2007: 26-32) entwickelt Wissen als Komplexbegriff und fasst zu diesem Zweck sieben Merkmale zusammen, welche aus unterschiedlichen Definitionen von Wissen in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zusammengetragen wurden. Demzufolge

1. hat Wissen einen praktischen Bezug;
2. tritt Wissen personalisiert und nicht personalisiert auf;
3. hat Wissen eine normative Struktur;
4. ist Wissen intern vernetzt;
5. setzt Wissen Wissen voraus;
6. ist Wissen dynamisch;
7. wird Wissen durch Institutionen formiert und ist in ihnen verkörpert.

Nico Stehr folgend soll Wissen im Weiteren nach einem wissenssoziologischen Verständnis als „*Fähigkeit zum sozialen Handeln*“, also als Handlungsvermögen bzw. „Möglichkeit, etwas in ‚Gang zu setzen‘“ (Stehr 1994: 208; Hervorhebungen im Original), aufgefasst werden.<sup>38</sup> Wissen – insbesondere neues Wissen – eröffnet demnach neue, zusätzliche, sich permanent ausweitende und verändernde Handlungsoptionen. Wissen kann mithin zu sozialem Handeln führen, ist

---

38 Stehr (1994: 208) bezeichnet Wissen in diesem Sinn als ein „universales Phänomen“ bzw. eine „konstante anthropologische Größe“.

gleichzeitig allerdings auch Ergebnis von sozialem Handeln: So findet die Realisierung oder Anwendung von Wissen stets unter bestimmten sozialen und kognitiven Rahmenbedingungen statt (ebd.: 211). Jedoch hat Wissen nach dieser Lesart einen doppelten Charakter. Dies betont etwa Simonis, wenn er von einer „strukturellen Ambivalenz“ von neuem Wissen bzw. Innovationen spricht: Diese erweitern zum einen Handlungsmöglichkeiten und reduzieren Unsicherheit, verschließen zum anderen jedoch künftige Handlungsmöglichkeiten und erzeugen erneut Unsicherheit (Simonis 1999: 149; auch Stehr 1994: 222). Bechmann und Stehr sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass Wissen auf normativer Ebene alte Orientierungen und Werte unterminiert, zugleich aber neue erzeugt<sup>39</sup> und dadurch erheblich zur Steuerung von Gesellschaften beiträgt. Wissen stellt Handlungskapazitäten und Modelle für die Wirklichkeit bereit, ist also Voraussetzung zum Handeln und zudem in der Lage, Realität zu verändern. Wissen erfüllt insofern eine aktive Funktion im gesellschaftlichen Handlungsablauf, nämlich dort, wo Entscheidungsnotwendigkeiten bestehen (Bechmann/Stehr 2004: 5f.; Stehr 2003: 31).<sup>40</sup>

Werner Rammert (2007: 163ff., 203ff.) differenziert Wissen nach explizitem und nicht-explizitem Wissen. Ersteres zeichnet sich dadurch aus, dass es möglichst schriftlich formuliert und mathematisch formalisiert ist. Bei nichtexplizitem Wissen handelt es sich dagegen beispielsweise um implizites<sup>41</sup> oder traditionelles Wissen. In spätmodernen Gesellschaften besteht laut Rammert die Tendenz, implizites Wissen zu explizieren, gerade auf den Gebieten Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik. Andererseits wird gerade auf diesen Gebieten zunehmend eine intensivere Berücksichtigung impliziten Wissens verlangt und es entsteht immer wieder neues implizites Wissen.<sup>42</sup> So geht er trotz des „Imperativs zur Explizierung des Wissen“ in gegenwärtigen Gesellschaften davon aus, „dass im gleichen Maß, wie das explizite Wissen wächst, sich auch die Relevanz des nicht-expliziten Wissens [...] erhöht“ (ebd.: 204). Betont wird zudem, dass es hierbei nicht zu einer Verdrängung oder Ersetzung der einen durch die andere Wissensform kommt, sondern dass eine angemessene Balance zwischen beiden gefunden werden müsse. Denn durch eine unbegrenzte Explikation und Formalisierung von Wissen bestünde die Gefahr, dass „der Reichtum der Aspekte und Assoziationen“ des Wissens beschnitten würde und der „interaktive Charakter“ (ebd.: 211) von Wissen verloren ginge.

39 Joseph Alois Schumpeter bezeichnete dies im Hinblick auf Innovationen allgemein als „schöpferische Zerstörung“ (vgl. Schumpeter 1993: 134ff.). Oder anders ausgedrückt: Altes Wissen wird durch neues Wissen ersetzt.

40 Zur Kritik am Wissensbegriff Stehrs siehe exemplarisch Adolf 2010: 61.

41 Grundlegend zu implizitem Wissen noch immer Polanyi 1985.

42 Zur Bedeutung von implizitem Wissen in Gegenwartsgesellschaften siehe Rammert 2007: 210.

Eine weitere gängige Unterscheidung im Hinblick auf Wissen besteht zwischen Alltagswissen einerseits, Expertenwissen andererseits, wobei Letzteres in den allermeisten Fällen als überlegendes Wissen angesehen wird. Insofern ist die Frage berechtigt, „wie es möglich ist, daß alltägliches Wissen in modernen Gesellschaften überhaupt überleben kann“ (Stehr 2003: 37).<sup>43</sup> Eine ähnliche Grenzziehung ist auch bei Lyotard zu finden: Dieser unterscheidet zwischen narrativem Wissen einerseits, das heißt Alltags- bzw. Umgangswissen, und wissenschaftlichem Wissen andererseits. Narratives Wissen ist demnach hauptsächlich durch präskriptive Aussagen mit praktischem Wert charakterisiert, während sich wissenschaftliches Wissen durch denotative Aussagen mit kognitivem Wert auszeichnet (vgl. Lyotard 1994: 63-86; Bammé 2006: 287f.).

In der Wissensgesellschaft hat sich das Verhältnis von Alltagswissen und wissenschaftlichem Wissen in zweierlei Hinsicht verändert. Zum Ersten wird das Alltagswissen, welches über Jahrhunderte für die Menschen die zentrale Wissensform war, zunehmend durch wissenschaftliches Wissen ersetzt, in der Erwartung, mit Hilfe wissenschaftlichen Wissens ließe sich größere Sicherheit erlangen. Zweitens bringt die Wissenschaft stetig neue Probleme und Fragen hervor, für welche das Alltagswissen keine Lösungen bereitstellen kann, weil sie in der Alltagserfahrung schlichtweg nicht vorkommen. Probleme und Risiken neuen wissenschaftlichen Wissens, die es zuvor nicht gab, werden so zum Ausgangspunkt neuer Erwartungen an die Wissenschaft, Wissen zur Vermeidung und Bewältigung eben dieser Risiken bereitzustellen (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 9). Alltagswissen gerät so gegenüber wissenschaftlichem Wissen immer weiter in die Defensive.

Wurde wissenschaftliches Wissen vormals üblicherweise als objektiv und unstrittig angesehen, besteht heute die besondere Stellung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse darin, dass sie permanent zusätzliche Handlungsmöglichkeiten schaffen. Insofern verweisen die Eigenschaften, die wissenschaftlichem Wissen zugeschrieben werden und die heute dessen nach wie vor hervor gehobene gesellschaftliche Rolle begründen, auf einen größeren gesellschaftlichen, intellektuellen wie auch ökonomischen Wert wissenschaftlichen Wissens in Gegenwartsgesellschaften, die als Wissensgesellschaften verstanden werden (Stehr 2003: 36f.).<sup>44</sup> Zugleich wird wissenschaftliches Wissen heute aber nicht mehr als gänzlich unanfechtbar und objektiv angesehen; hingegen spielen der Anwendungskontext ebenso wie die Anwender eine wichtige Rolle im Hinblick

---

43 Dazu Weingart/Carrier/Krohn (2007: 9): „Wenn immer sich ein Problem stellt [...] verlassen wir uns bei dessen Lösung nicht mehr auf das Alltagswissen. Vielmehr werden Experten zu Rate gezogen, und wenn diese auch nichts wissen, wird ein Forschungsprojekt aufgelegt.“

44 „Kurz, in der modernen Gesellschaft ist Wissen Grundlage und Motor der fortschreitenden Modernisierung als Extensionsprozeß [...]“ (Stehr 2003: 36f.)

auf die Realisierung von Wissen (ebd.: 35). Doch der Verweis auf den gesellschaftlichen Kontext trifft auf jegliches Wissen zu, auf wissenschaftliches wie auch nichtwissenschaftliches. Es entsteht in bestimmten gesellschaftlichen, kulturellen, ökonomischen oder anderen Zusammenhängen. Es wird von Personen produziert, die eine „intellektuelle Gemeinschaft bilden, die in einem spezifischen historischen Kontext operiert“ (Nowotny/Scott/Gibbons 2004: 155). Insofern ist alles Wissen kontextualisiert.

### 2.2.1.2 Die Bedeutung von Wissen in der Wissensgesellschaft

Der gesellschaftliche Stellenwert des Wissens, und hier vor allem des wissenschaftlichen Wissens, hat sich im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen des 20. Jahrhunderts, die zur Herausbildung der Wissensgesellschaft führten, stark erhöht. So ist etwa der relative Stellenwert von wissenschaftlichem Wissen in der Gesellschaft allein aufgrund des Wachstums des Wissenschaftssektors in den vergangenen Jahrzehnten größer als jemals zuvor (Weingart 2006: 69). Insgesamt beschleunigte sich die Wissensproduktion – auch im nichtwissenschaftlichen Bereich – enorm, so dass die Möglichkeiten, mit neuem Wissen konfrontiert zu werden, stark gestiegen sind. Wissen ist heute in vielfältiger Weise vorhanden und auf unterschiedliche Orte innerhalb der Gesellschaft sowie weltweit verstreut. Rammert erkennt hierin einen Prozess, den er in Analogie zur Arbeitsteilung in der Industriegesellschaft als „Wissensteilung“ bezeichnet (vgl. Rammert 2007: 210f.). Die rasante Zunahme des Wissens führt zu einer Multiplizierung von Handlungsmöglichkeiten, so dass der Stellenwert des Wissens für nahezu alle gesellschaftlichen Teilsysteme wächst. Wissen, vorzugsweise systematisches, wissenschaftliches Wissen, wird bereits heute praktisch in allen Handlungsbereichen herangezogen, um Entscheidungen abzusichern und zu begründen. Je mehr Wissen jedoch über die jeweiligen Handlungsbereiche zur Verfügung steht, desto riskanter wird es für die Akteure, Entscheidungen ohne Kenntnis oder Bezug auf das vorhandene Wissen zu treffen (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 39).

Sah Daniel Bell in den 1970er Jahren in der Zentralität theoretischen Wissens als Basis wirtschaftlicher Wertschöpfung wie politischer Entscheidungsprozesse sowie in der hervorgehobenen Stellung von Wissenschaft und Technologie die wichtigsten Merkmale der Wissensgesellschaft (vgl. Bell 1973; Steinbicker 2010), wird heute zunehmend betont, dass sich die Wissensproduktion zu einem neuen, eigenständigen Produktionssektor entwickelt hat. So seien Wissen und Informationen erst unter den heutigen technologischen, gesellschaftlichen wie kulturellen Bedingungen direkt zu Produktivkräften geworden. Dieser Trend dürfte auch künftig anhalten. Wissen wird mehr und mehr zur zentralen Determinante der gesell-

schaftlichen Entwicklung sowie kennzeichnende Ressource und Triebfeder ökonomischen Wachstums im 21. Jahrhundert. Darüber hinaus entwickelt sich wissenschaftliches Wissen immer mehr zur Legitimationsgrundlage von Herrschaft in der Wissensgesellschaft sowie zu einem wichtigen Kriterium sozialer Strukturbildung (Weingart/Carrier/Krohn 2007: 35f.; Stehr 1994: 35f.).

Parallel zur wachsenden Bedeutung von Wissen findet eine Transformation des Öffentlichkeitsbildes des Wissens – insbesondere des wissenschaftlichen Wissens – sowie in der Bewertung der Wissenschaft im Allgemeinen statt (Bechmann/Stehr 2004: 8). Die Einsicht in die mit wissenschaftlichen Erkenntnissen verbundenen Risiken und Unsicherheiten ist in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen, nicht zuletzt aufgrund rapide zunehmender wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuer technischer Möglichkeiten, die mit diesen verbunden sind und welche gewaltige Auswirkungen auf den Menschen und seine Umwelt haben. Der gesellschaftliche Fortschrittskonsens, welcher Risiken der Unzuverlässigkeit von Wissen als geringer ansah als die mit Wissen eröffneten Chancen, erodiert zusehends (Bösch 2004: 110). Wissen ist heute häufig strittig und die Wissenschaft oftmals nicht in der Lage, kognitive Sicherheit zu schaffen. Sie ist – gerade in den Augen einer zunehmend skeptischeren Öffentlichkeit – nicht mehr der anerkannte Produzent zuverlässigen Wissens,<sup>45</sup> sondern eine Quelle von Unsicherheit: „Diese Unsicherheit ist nicht Ausdruck von Unwissen oder eines (temporären) Defizits an Wissen. Sie ist ein konstitutives Merkmal von Wissen [...]“ (Stehr 2003: 30)

Auch Nowotny/Scott/Gibbons (2004: 50) betonen diesen Aspekt, wenn sie in der inhärenten Erzeugung von Ungewissheit ein Charakteristikum der Produktion von Wissen in zeitgenössischen Gesellschaften erkennen. Wissen wird in der Wissensgesellschaft folglich ambivalent wahrgenommen: als Ressource *und* Risiko.

Ein weiterer Trend lässt sich in der Wissensgesellschaft ausmachen. Dieser besagt, dass Wissen – und speziell neues Wissen – nicht mehr hauptsächlich als kollektives Gut angesehen wird, und betont dagegen den zunehmenden Warencharakter des Wissens. Erkennbar ist dies etwa an der starken Ausweitung von Eigentums- wie Patentrechten im Hinblick auf wissenschaftliche Entdeckungen, was als ein Zeichen für die Entstehung einer neuen „Ökonomie des Wissens“ (Krohn 2003: 105) interpretiert wird. Begründet wird diese Entwicklung zumeist mit Prozessen der Ökonomisierung der Wissenschaft sowie der Verwissenschaftlichung der Wirtschaft (vgl. auch Kap. 2.1.4). Wurde in der Vergangenheit insbesondere der Kollektivcharakter wissenschaftlicher Erkenntnisse herausgestellt und war Wissen nur patentierbar im Zusammenhang mit technischen Entwicklungen von konkret demonstrierbarem Nutzen, so ist das Patentrecht in den letzten Jahrzehnten stark ausgeweitet worden in Richtung

---

45 Wiewohl die Frage gestellt werden muss, ob dies wirklich jemals uneingeschränkt der Fall war.

eines Instruments zur Sicherung neuer Entdeckungen als intellektuellem Eigentum von Organisationen, vor allem von Unternehmen oder Forschungseinrichtungen. Erst diese Ausweitung des Patentrechts ermöglichte letztendlich die marktförmige Transformation von Wissen zu einer Ware, denn erst Eigentumsrechte erlauben den Handel mit der Ware Wissen, lassen deren Geheimhaltung sowie strategische Verwendung zu (Weingart 2001: 173; Krohn 2003: 104).<sup>46</sup> Vor diesem Hintergrund stellt Wolfgang Krohn die Frage, wo in Zukunft die Grenzen zwischen privater und kollektiver Verfügung von Wissen zu ziehen sind (2003: 105). Auch Peter Weingart (2001: 173) sieht die Gefahr, dass, würde Wissen in einem umfassenden Sinn zu einer Ware, an die Stelle einer allgemeinen öffentlichen Verfügbarkeit von Wissen Eigentumsrechte träten.

Deutlich geworden ist: Der gesellschaftliche Stellenwert des Wissens – insbesondere des wissenschaftlichen Wissens – hat sich in den letzten Jahrzehnten stark erhöht. Die Produktion, die Verteilung und der Gebrauch von Wissen haben in der heutigen Gesellschaft, die hier als Wissensgesellschaft verstanden wird, eine enorme Wichtigkeit erlangt. So werden künftig weiterhin Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen der Nutzbarkeit wissenschaftlichen Wissens als Ressource auch in außerwissenschaftlichen Handlungsfeldern sowie nach dem Verhältnis von wissenschaftlichem Wissen zu anderen Wissensformen Beachtung finden. Daneben jedoch erhält Nichtwissen einen immer prominenteren Stellenwert und fordert die Wissenschaft sowie die Gesellschaft zunehmend heraus (Schulz-Schaeffer/Böschen 2003: 10f.; Lau/Böschen 2003: 234).

### 2.2.2 *Nichtwissen*

Die Produktion von Wissen hat sich seit Beginn der Neuzeit nicht nur gesteigert, sondern auch immer weiter beschleunigt. Aufgrund dieser Entwicklung war über viele Jahrhunderte nicht nur in der Wissenschaft die Meinung verbreitet, dass Nichtwissen quasi wie „weiße Flecken“ auf Landkarten durch die Generierung neuen Wissens immer weiter zurückgedrängt, wenn nicht völlig beseitigt würde, bis es letztlich nichts mehr zu erforschen gäbe, da Wissen vollständig und ausreichend genau vorhanden wäre (Gill 2004: 21f.). Seit einigen Jahren jedoch

---

46 Deutlich wird diese Entwicklung etwa wenn man betrachtet, wie vor allem Unternehmen seit einigen Jahren das Patentrecht strategisch einsetzen, nicht nur um die eigentlichen neuen Erkenntnisse und Technologien für einen gewissen Zeitraum zu schützen und so wirtschaftlich von ihnen zu profitieren (Patente verstanden als zeitlich befristete Monopole), sondern wie rund um diese weitere Patente angemeldet werden, die keinen konkreten Nutzen haben, sondern in erster Linie dazu dienen, Entwicklungen von Konkurrenzunternehmen in ähnliche Richtungen zu unterbinden.



steht in der Debatte um wissenschaftliche und technische Erkenntnisse und ihre sozialen wie ökologischen Konsequenzen immer öfter das wissenschaftliche Nichtwissen im Zentrum (Wehling 2007b: 486f; ders. 2004b: 35).<sup>47</sup>

Heute ist die Ansicht geläufig, dass die Produktion neuen Wissens immer auch Nichtwissen erzeugt. Nichtwissen erscheint immer weniger als noch zu eroberndes Gebiet der Forschung, sondern wird zunehmend als unüberwindbar verstanden. Insofern stehen die sogenannten Wissensakteure – in erster Linie Wissenschaftler, aber etwa auch Politiker – nicht mehr nur einem höheren Maß an Wissen, sondern auch einem Mehr an Nichtwissen gegenüber.

Verstärkt seit den 1970er Jahren wird die Wissenschaft nachhaltig mit den Folgen und Risiken ihrer Forschung sowie deren Anwendung konfrontiert und dafür mit zur Verantwortung gezogen. Dies betrifft neben Risiken ihres Wissens insbesondere auch die Risiken ihres Nichtwissens. Diese „Akzent-Verschiebung vom Wissen zum Nichtwissen“ (Wehling 2003: 121) ist auch zu einem wichtigen Thema der wissenschaftlichen Selbstreflexion wie der sozialwissenschaftlichen Analyse der Wissenschaft geworden. So haben seit den 1980er Jahren eine wachsende Anzahl von sozialwissenschaftlichen Arbeiten Nichtwissen – insbesondere seine Voraussetzungen, Beschreibung, Erklärung sowie seine Folgen – thematisiert.<sup>48</sup>

Der Grundtenor dieser Arbeiten lautet: In der Wissensgesellschaft explodiert nicht nur das Wissen, sondern auch das Nichtwissen. In Wissenschaft und Gesellschaft wird zunehmend anerkannt, dass „die Vermehrung von Wissen *nicht* der Lösung einer endlichen Zahl von Problemen immer näher kommt, sondern im Gegenteil zugleich neue Probleme in Gestalt von Risikowahrnehmungen und Wissen über Nichtwissen schafft“ (Weingart 2001: 20f.; Hervorhebung im Original).

Für die Wissensgesellschaft sind die Konsequenzen dieser Entwicklung gleichermaßen ernüchternd wie beunruhigend: Durch weiteres Wachstum des Wissens wird Nichtwissen nicht etwa verringert, sondern reproduziert und unter Umständen sogar vergrößert. Insofern spielen in der Wissensgesellschaft Wissen *und* Nichtwissen eine zentrale Rolle (Wehling 2010: 262; Weingart/Carrier/Krohn 2007: 37).

Deutlich wird ebenfalls, dass Wissen und Nichtwissen in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. So lässt sich etwa Nichtwissen nicht unter allen Umständen in neues Wissen umwandeln, genauso wenig lassen sich dessen (Neben-)Folgen immer antizipieren oder erkennen. Des Weiteren ist in der bisheri-

---

47 Zum Phänomen des Nichtwissens aus sozialwissenschaftlicher Sicht siehe insbesondere Wehling 2006.

48 Als prominente frühe Exponenten im deutschsprachigen Raum sei an dieser Stelle insbesondere auf Zygmunt Baumann (1992), Ulrich Beck (1996) und Niklas Luhmann (2006) verwiesen. Eine ausführliche Darstellung und Diskussion findet sich bei Wehling 2006: 149-214.

gen Debatte um Nichtwissen offensichtlich geworden, dass man es hier mit einem vielschichtigen und differenzierten Phänomen und nicht lediglich mit einem „homogenen, objektiv vorgegebenen ‚Gegenpol‘ zum Wissen“ (Bösch 2005: 246) zu tun hat.

Doch worum handelt es sich beim Nichtwissen? Wie kann es bestimmt werden? Eine erste, noch recht allgemeine Begriffsbestimmung findet sich bei Wehling (2001: 465): „Nichtwissen verweist auf unbekannte und unerwartete Handlungs- und Entscheidungsfolgen jenseits kalkulierbarer und abschätzbarer Ungewissheiten des Wissens“; wissenschaftliches Nichtwissen ist demgegenüber „Nichtwissen, das *in* der Wissenschaft und *durch* die Wissenschaft erzeugt, definiert und kommunikativ konstruiert wird“ (ders. 2003: 126; Hervorhebungen im Original).

Politisch und gesellschaftlich problematisch wird Nichtwissen insbesondere dann, wenn Entscheidungen unter Nichtwissensbedingungen getroffen werden müssen bzw. getroffen werden. Dies ist in der Wissensgesellschaft in zunehmendem Maße der Fall. Vor diesem Hintergrund wird seitens der Politik und der Gesellschaft von der Wissenschaft in aller Regel umfassende Expertise erwartet. Jedoch: „Wissenschaft ist kaum mehr in der Lage, gesichertes Wissen zu produzieren, das politischen Entscheidungsträgern als Basis für tragfähige Entscheidungen dienen und ‚einfach‘ in politisches Handeln umgesetzt werden kann [...]“ (Bösch/Schneider/Lerf 2004: 8)

### 2.2.2.1 Nichtwissen, Irrtum, Risiko und Ungewissheit

Dem Terminus Nichtwissen kommt erst dann Gehalt zu, wenn man ihn von anderen, nur scheinbar ähnlichen Phänomenen abgrenzt. Dies meint in erster Linie Risiko, Ungewissheit und Irrtum.

Ganz allgemein kann man Nichtwissen als Abwesenheit jeglichen Wissens verstehen (Wehling 2003: 124). Die Abgrenzung des Nichtwissens vom Phänomen des Irrtums wird dann deutlich, wenn Wissen nicht lediglich auf „wahres“ Wissen beschränkt wird, sondern auch solche Erscheinungen wie etwa Meinen, Vermuten und Glauben umfasst. Dann ist es nämlich – idealtypisch – möglich, Irrtum als „unwahres Wissen“ zu definieren.

Im Falle eines Irrtums sind Kenntnisse über bestimmte Phänomene und Zusammenhänge vorhanden, werden jedoch falsch interpretiert. Irrtümer sind hiernach eine Form von vorhandenem, für wahr gehaltenem Wissen – auch wenn es sich später als falsch herausstellen sollte. Im Gegensatz dazu ist für das Nichtwissen die Abwesenheit jeglichen Wissens charakteristisch – man weiß nichts von diesen Zusammenhängen, ja noch nicht einmal, dass man sie nicht kennt. In diesem Fall sind mögliche Irrtümer von vornherein ausgeschlossen (ders. 2010: 263).

Anders ausgedrückt: „Irrtümer lenken die Aufmerksamkeit auf bestimmte Zusammenhänge, wenngleich diese dann ‚falsch‘ interpretiert werden, während sie im Fall von Nichtwissen überhaupt nicht wahrgenommen werden.“ (ders. 2004b: 70)

In Abgrenzung zum Nichtwissen weist das Risiko als spezifische Charakteristika neben einer impliziten Kalkulierbarkeit und Beherrschbarkeit von Gefährdungen vor allem die Benennung quantifizierbarer Wahrscheinlichkeiten auf (Dose 2004: 122; Wehling 2003: 122f.). Bei einem Risikofall können demzufolge Aussagen hinsichtlich einer objektiven bzw. statistischen Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses getroffen werden, etwa auf Basis empirischer Untersuchungen (Dose 2004: 122). So dies nicht realisierbar ist, wird von Ungewissheit gesprochen. Bei Ungewissheit ist es nur möglich, entweder lediglich subjektive oder gar keine Wahrscheinlichkeiten hinsichtlich des Eintretens eines bestimmten Ereignisses anzugeben.<sup>49</sup> Nach dieser Differenzierung besteht also die Möglichkeit, in Fällen von Risiko oder Ungewissheit objektive bzw. subjektive Eintrittswahrscheinlichkeiten für grundsätzlich bekannte Handlungs- und Entscheidungsfolgen anzugeben. Im Falle von Nichtwissen sind demgegenüber etwaige Konsequenzen des Handelns gerade nicht bzw. nicht vollständig bekannt.

Einen weiteren zentralen Aspekt der Unterscheidung von Risiko, Ungewissheit und Nichtwissen betont Peter Wehling, wenn er darauf verweist, dass zwischen diesen drei Phänomenen nicht nur ein quantitatives Kontinuum sich verringernder Gewissheiten und sukzessive abnehmenden Wissens besteht, das heißt die Wissenslücken sich stetig vergrößern, sondern dass auch und besonders eine qualitative Differenz und Diskontinuität erkennbar ist (Wehling 2003: 123). So ließe sich beispielsweise zeigen, dass Hypothesen auf Basis von Risiko und Ungewissheit innerhalb von etablierten (wissenschaftlichen) Wissens- und Erwartungshorizonten verbleiben; dagegen überschreitet Nichtwissen gerade diese Wissens- und Erwartungshorizonte in Form unbekannter und unvorhergesehener Ereignisse (vgl. ders. 2004b: 70f.; siehe auch Kap. 2.2.2.2). Eine weitere wesentliche Unterscheidung zwischen Risiko und Nichtwissen erkennt er in dem Umstand, dass Risiko vorwiegend auf die Wahrscheinlichkeit, die Bewertung und die potenzielle Vermeidung zukünftiger Schäden abzielt, während eine solche lediglich auf die Zukunft bezogene Ausrichtung unter dem Aspekt des Nichtwissens zu kurz greift. Von zentraler Bedeutung sind hier gerade auch „die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Entdeckung *bereits eingetretener*, (noch) unbekannter Wissenschafts- und Technikfolgen, d.h. ihrer Wahrnehmung, Verknüpfung und kausalen Zurechnung“ (Wehling 2004b: 71; Hervorhebung im Original).

---

49 Es sind allerdings Aussagen darüber möglich, „ob im jeweiligen Fall von mehr oder weniger Ungewissheit ausgegangen werden muss“ (Dose 2004: 122).

### 2.2.2.2 Nichtwissen als Herausforderung

Wissenschaft – soviel ist also festzuhalten – erzeugt neben Wissen immer auch Nichtwissen. Namentlich drei Aspekte sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben: So überschreitet Nichtwissen einerseits wissenschaftliche Problemhorizonte, andererseits gesellschaftliche Erwartungshorizonte und wird Nichtwissen drittens durch mehr Wissen und Forschung überdies noch vermehrt (vgl. Böschen 2003: 208ff.). Diese drei Entwicklungen sind das Ergebnis der kontinuierlichen Wissenssteigerung in der Wissensgesellschaft.

#### Nichtwissen überschreitet wissenschaftliche Problemhorizonte

Dieser Aspekt von Nichtwissen betont das Überschreiten eines bestimmten, gesetzten epistemologischen Rahmens innerhalb der Wissenschaft. Im Unterschied zu Ungewissheit, die innerhalb eines bestimmten Forschungsprogramms und somit inmitten eines feststehenden epistemologischen Rahmens verbleibt, transzendiert Nichtwissen eben diesen. Damit ist die Frage nach der Angemessenheit etablierter wissenschaftlicher Perspektiven im Hinblick auf Nichtwissen verbunden, denn häufig schränkt die mit einem bestimmten wissenschaftlichen Paradigma verbundene Sichtweise eines Wissenschaftlers dessen Blick auf das Phänomen des Nichtwissens ein: „Nichtwissen thematisiert somit den gewählten forschungsprogrammatistischen Rahmen, im Gegensatz zur Ungewissheit, die gerade diesen Rahmen unhinterfragt voraussetzt.“ (ebd.: 209)

Im Ergebnis werden unter Nichtwissensgesichtspunkten also die wissenschaftlich etablierten Problemhorizonte einer eingehenden Prüfung unterzogen.

#### Nichtwissen überschreitet gesellschaftliche Erwartungshorizonte

Die zunehmende Thematisierung und Anerkennung von Nichtwissen weckt nicht nur in der Wissenschaft, sondern verstärkt auch in der Gesellschaft Erwartungen im Umgang mit Nichtwissen und den damit potenziell verbundenen Risiken. Diese gesellschaftlichen Erwartungshorizonte dehnten sich im Laufe der Zeit von einer Fokussierung auf räumliche und zeitliche Nahfolgen bis hin zu Fernfolgen des Nichtwissens aus. Nicht Schritt halten mit dieser Ausweitung der gesellschaftlichen Erwartungen konnten allerdings die wissenschaftlichen Strategien und Möglichkeiten des Erkennens von Risiken sowie deren Erforschung und Reduzierung. So verweist Nichtwissen in diesem Zusammenhang heute darauf, dass die traditionelle Logik der Suche nach Risiken und der Bearbeitung derselben nicht mehr

zeitgemäß und zielführend ist. Hier kommt es vielmehr darauf an, etablierte Such- und Sicherheitsstrategien zu hinterfragen, da eine unreflektierte Verwendung dieser unter Umständen selbst riskant sein könnte (ebd.).

Nichtwissen wird durch mehr Wissen und Forschung noch gesteigert

Nichtwissen wurde lange Zeit – insbesondere in der Wissenschaft – lediglich als Herausforderung für die Forschung begriffen, das heißt als zukünftiges Wissen bzw. als „Noch-Nicht-Wissen“ angesehen. In den letzten Jahrzehnten rückte jedoch eine Paradoxie von Nichtwissen immer stärker in den Fokus: Gerade die Praxis, Nichtwissen durch ein Mehr an Forschung in Wissen transformieren zu wollen, führt zu einer Vermehrung von Nichtwissen. Denn aufgrund einer zunehmenden Pluralisierung von wissenschaftlichen Perspektiven wird immer neues Nichtwissen generiert, werden neue „Räume des Nichtwissens“ (ebd.: 210) geöffnet, die zunehmend als nicht mehr auflösbar erscheinen: „Mit zunehmendem Wissen wächst dann eben nicht automatisch das Wissen des Nichtwissens, sondern ebenso sehr das Nichtwissen des Nichtwissens. Zugespitzt formuliert: Je *mehr* wir wissen, desto *weniger* wissen wir, was wir nicht wissen.“ (Wehling 2003: 128; Hervorhebungen im Original)

Hervorzuheben ist zudem die Existenz verschiedener Formen von Nichtwissen. Neben jenem Nichtwissen, welches den Antrieb für Wissenschaft und Forschung darstellt und dessen Auflösung in Wissen (scheinbar) nur eine Frage der Zeit ist, treten weitere Formen des Nichtwissens, die deutlich machen, dass weite Bereiche des unerkannten Nichtwissens, des „Nicht-Wissen-Könnens“ bis hin zum begründeten „Nicht-Wissen-Wollen“ existieren.

### 2.2.2.3 Unterscheidungsdimensionen des Nichtwissens

Die Wissenssoziologie hat bereits zu Beginn ihrer Beschäftigung mit dem Phänomen des Nichtwissens, das heißt im internationalen Kontext seit etwa Anfang der 1980er Jahre, auf dessen heterogenen Charakter hingewiesen. Nichtwissen ist demnach eben gerade kein homogenes und statisches Pendant zum Wissen – genauso wenig wie Wissen ein homogenes und statisches Phänomen ist –, sondern differenzierbar nach verschiedenen Formen, Dimensionen und Varianten.

Wehling schlägt drei Dimensionen der Differenzierung von Nichtwissen vor, welche nach seiner Ansicht geeignet sind, Abstufungen und Zwischenformen verschiedener Varianten des Nichtwissens zu erfassen und die „dem prozessualen, uneindeutigen und gesellschaftlich umstrittenen Charakter von Nichtwissens-Unterscheidungen Rechnung tragen“ (Wehling 2004b: 71). Diese

Dimensionen, die sich überschneiden können und so die Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität von Nichtwissen verdeutlichen, sollen im Weiteren kurz dargestellt werden (vgl. für das Folgende Wehling 2003: 125f.; ders. 2004b: 71-74; ders. 2007b: 488f.).<sup>50</sup>

### 1. Dimension: Das Wissen über das Nichtwissen

Die erste Unterscheidungsdimension bezieht sich auf das Wissen über das Nichtwissen. Hier wird gefragt, ob man weiß, was man nicht weiß und dass man etwas nicht weiß, oder ob dies unbekannt ist. Die idealtypischen Pole dieser Unterscheidungsdimension bilden explizit gewusstes Nichtwissen auf der einen, vollständig ungewusstes oder unerkanntes Nichtwissen (im englischen zumeist als *unknown unknowns* bezeichnet) auf der anderen Seite.

Explizit gewusstes Nichtwissen bildet vor diesem Hintergrund eine analytisch recht eindeutige Kategorie. Hier existieren identifizierbare und klar definierte Wissenslücken, etwa innerhalb bestimmter Wissenschaftsdisziplinen.

Die Vorstellung gänzlich unerkannten Nichtwissens ist demgegenüber schwieriger zu fassen. In diesem Fall handelt es sich um Situationen, in denen weder bekannt ist, was man nicht weiß, noch, ob man überhaupt irgendetwas nicht weiß. Auf Grundlage vorliegender empirischer Erkenntnisse ist es hier unmöglich zu entscheiden, ob man sich in einer Situation relativ gesicherten Wissen (etwa über die Folgen einer Handlung) oder unerkannten Nichtwissens (über deren Folgewirkungen) befindet. Wirkmächtig und besonders problematisch wird ungewusstes Nichtwissen im Falle vollständig unbekannter und unvorhersehbarer Risiken.<sup>51</sup>

Jedoch ist in den letzten beiden Jahrzehnten eine steigende Sensibilität – angestoßen nicht zuletzt durch verschiedene Umweltkontroversen der Vergangenheit – im Hinblick auf sich ergebende Risiken des ungewussten bzw. unerkannten Nichtwissens festzustellen. Diese rücken immer stärker in den Fokus gesellschaftlicher Reflexion und politischer Diskurse. So weiß man zwar einerseits weiterhin nicht, was man nicht weiß, andererseits wird aber immer deutlicher, dass man die Existenz unerkannten Nichtwissens nicht ausschließen kann,

50 Eine ausführliche Beschäftigung mit diesen Unterscheidungsdimensionen findet sich bei Wehling 2006: 116-148.

51 Dabei kann man im Falle ungewussten Nichtwissens, das heißt beim Fehlen empirischer Belege über unerwünschte Folgen einer Entscheidung, mit zwei unterschiedlichen Strategien reagieren: So ist das Fehlen von Erkenntnissen erstens als Wissen darüber interpretierbar, dass keine negativen Folgen existieren, oder kann zweitens als nicht ausschließbare Unkenntnis darüber ausgelegt werden, wann, wo und welche Folgen auftreten werden – oder bereits unbekannt aufgetreten sind (vgl. Wehling 2007a: 229).

was beispielsweise aktuelle Risikokontroversen nachhaltig beeinflusst und verändert. Im Ergebnis resultieren hieraus Forderungen nach neuen Formen des gesellschaftlichen Umgangs mit der Nichtwissens-Problematik.

Zwischen den Polen explizit gewusstes Wissen und vollständig unerkanntes Nichtwissen existieren noch weitere Zwischenformen und Abstufungen wie etwa vermutetes oder geahntes Nichtwissen, deren Bedeutung und etwaige Folgen Gegenstand wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten werden können.<sup>52</sup>

## 2. Dimension: Die Intentionalität von Nichtwissen

Eine zweite Unterscheidungsdimension verweist auf die Intentionalität von Nichtwissen und bezieht sich auf das Ausmaß, in welchem Nichtwissen dem Handeln sozialer Akteure – etwa Individuen oder Organisationen – zugerechnet werden kann. Die Eckpunkte des Spektrums bilden hier bewusst gewolltes Nichtwissen einerseits, gänzlich unbeabsichtigtes Nichtwissen andererseits.

Unbeabsichtigtes Nichtwissen stellt vor dem Hintergrund der Intentionalität von Nichtwissen den Normalfall dar. Hier war es in der Vergangenheit vor allem seitens der Wissenschaft für gewöhnlich möglich, den Zustand des Nichtwissens durch mehr Wissen zu überwinden.

Gewolltes Nichtwissen erscheint hingegen auf den ersten Blick anachronistisch oder irrational und kann in der heutigen, auf Wissensvermehrung ausgerichteten Gesellschaft schnell unter Legitimationsdruck geraten. Aus welchem Grund sollte schließlich trotz potenziell verfügbaren Wissens Nichtwissen bewusst angestrebt werden? Jedoch haben in den letzten Jahren verschiedene Formen gewollten Nichtwissens zunehmend Bedeutung erlangt, wie etwa die unter dem Schlagwort „Recht auf Nichtwissen“ geführte Debatte auf dem Gebiet der Medizin und Humangenetik verdeutlicht.<sup>53</sup> Überhaupt scheint es immer häufiger der Fall zu sein, dass mit der zunehmenden Menge an verfügbarem Wissen und Informationen zugleich auch der Wunsch wächst, diese nicht oder nur in selektierter Form zur Kenntnis zu nehmen.

Eine mögliche Zwischenform zwischen bewusst gewolltem und gänzlich unbeabsichtigtem Nichtwissen bildet etwa fahrlässige bzw. leichtfertige in Kauf

52 Mit Blick auf diese Dimension des Nichtwissens sei auf eine Bemerkung des damaligen US-amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld verwiesen, der sich im Februar 2002 im Zusammenhang mit im Irak vermuteten Massenvernichtungswaffen gegenüber der Presse wie folgt äußerte: „[A]s we know, there are known knowns; there are things we know we know. We also know there are known unknowns; that is to say we know there are some things we do not know. But there are also unknown unknowns – the ones we don't know we don't know.“ (<http://www.defense.gov/Transcripts/Transcript.aspx?TranscriptID=2636>; Zugriff: 21.05.2012)

53 Hier geht es unter anderem um das Recht von Personen, die eigene genetische Ausstattung nicht kennen zu wollen (siehe dazu u. a. Wehling 2004a: 66-68; ders. 2007a: 230-234).



genommenes Nichtwissen, welches aus mangelndem Erkenntnisinteresse resultiert und das nicht explizit gewollt, aber auch nicht notwendig unvermeidbar ist. Zentral im Hinblick auf diese Unterscheidungsdimension sind weniger die kausalen Ursachen des Nichtwissens, sondern in erster Linie der willentliche Umgang mit Nichtwissen.<sup>54</sup>

### 3. Dimension: Die zeitliche Stabilität und Dauerhaftigkeit von Nichtwissen

Bei der dritten Unterscheidungsdimension steht die zeitliche Stabilität und Dauerhaftigkeit von Nichtwissen im Mittelpunkt und somit die Frage nach der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Transformation von Nichtwissen in Wissen. Die Pole bilden hier lediglich temporäres Nichtwissen im Sinne eines „Noch-Nicht-Wissens“ auf der einen und ein grundsätzlich unauflösbares Nichtwissen im Sinne eines „Nicht-Wissen-Könnens“ auf der anderen Seite. Zwischenformen finden sich je nach dem angenommenen Zeitraum, innerhalb dessen Nichtwissen in Wissen verwandelt werden kann.

Dieser Dimension kommt – etwa unter politischen oder gesellschaftlichen Entscheidungs- und Handlungsaspekten – eine eminent wichtige Bedeutung zu: Wird davon ausgegangen, dass es sich beim bestehenden Nichtwissen um ein lediglich kurzfristiges „Noch-Nicht-Wissen“ handelt, kann man etwaige Entscheidungen bis zum Zeitpunkt der Transformation des Nichtwissens in Wissen zurückstellen; bei als langfristig oder gar als unauflösbar angenommenem Nichtwissen ist „Aussitzen“ dagegen keine probate Strategie. In diesen Fällen kommt man in der Regel nicht umhin, unter Nichtwissensbedingungen zu entscheiden und zu handeln.

Generell schien es in modernen Gesellschaften Konsens zu sein, Nichtwissen lediglich als temporäres Phänomen anzusehen und davon auszugehen, dass es durch verstärkte Forschungsanstrengungen prinzipiell in Wissen transformiert werden könne. Diese Annahme traf insbesondere auf Akteure aus Wissenschaft und Forschung zu, die aus diesem Glauben an eine potenzielle Transformierung von Nichtwissen in Wissen einen Großteil ihrer gesellschaftlichen Legitimation und Akzeptanz bezogen. In den letzten Jahren wurde diese Ansicht jedoch verstärkt von anderen gesellschaftlichen Akteuren in Frage gestellt, zumeist mit dem Hinweis auf unüberwindliche Grenzen des Wissens: Demnach sei es in bestimmten Bereichen, etwa der Gentechnik, angesichts der Komplexität der Wirkungszu-

---

54 Diese Zurechnung von Nichtwissen auf das Handeln von Akteuren ist nicht selten hoch umstritten, wie beispielsweise die Diskussion um das vom Pharma-Unternehmen Grünenthal hergestellte Medikament Contergan und der sogenannte Contergan-Prozess der späten 1960er Jahre gezeigt haben.

sammenhänge nicht möglich, Nichtwissen durch weitere Forschung aufzulösen. Hier wird zudem deutlich, dass es sich bei den verschiedenen Varianten des Nichtwissens um soziale Definitionen bzw. Konstruktionen handelt, die prinzipiell kontingent und wissenschaftlich wie gesellschaftlich häufig umstritten sind.

#### 2.2.2.4 Gesellschaftliche Implikationen des Nichtwissens

Die Bedeutungszunahme des Nichtwissens in der Wissensgesellschaft stellt also keine vorübergehende „Anomalie“ (Wehling 2010: 267) dar, welcher man ohne Weiteres durch mehr Wissen begegnen kann; es erweist sich stattdessen als Folge der Produktion, Verbreitung und Nutzung insbesondere wissenschaftlichen Wissens. Insofern fordert Nichtwissen die Wissenschaft heraus. Es trägt zur „Entzauberung“ dieser bei, da in dem Maße, in welchem wissenschaftliches Wissen auf unsicheres bzw. Nichtwissen verweist, auch das Überlegenheitspostulat der Wissenschaft und die epistemische Sonderrolle wissenschaftlichen Wissens relativiert wird (vgl. Böschen/Schneider/Lerf 2004: 9).

Nichtwissen stellt aber ebenso eine gesellschaftliche Herausforderung dar. Es ist – da es das Produkt der Erzeugung von Wissen ist – wie Wissen auch sozial konstruiert; eine wichtige Rolle spielen mithin die sozialen und kognitiven Entstehungsbedingungen des Nichtwissens (Wehling 2004b: 37). Die kognitiven, institutionellen und politischen Strategien des Umgangs mit Nichtwissen müssen zudem der Tatsache Rechnung tragen, dass mit Nichtwissen einhergehende Folgewirkungen, beispielsweise die Auswirkungen wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse, womöglich nicht identifiziert werden können, etwa da die räumlichen und zeitlichen Wirkungshorizonte sehr groß sind oder weil die Folgewirkungen entweder sehr selten und schwer auffindbar oder sehr unauffällig sind und insofern bislang keine besondere wissenschaftliche oder öffentliche Beachtung erfahren haben (ebd.: 94). Aufgrund dessen machen vor allem die Formen des unerkannten und dauerhaften Nichtwissens neuartige wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Reaktionsweisen notwendig. Gesellschaften müssen prinzipiell darüber entscheiden, ob und wenn ja in welcher Weise sie sich Nichtwissen aussetzen und mit welchen Strategien sie diesem begegnen wollen. Dies impliziert die Einbeziehung normativer und wertender Aspekte in die Wissenschaft und die Öffnung wissenschaftlicher Diskurse auch für andere, fachfremde oder nichtwissenschaftliche Akteure und Wissensformen (ders. 2003: 138). Unter dem Stichwort der „Politisierung des Nichtwissens“ wird vor diesem Hintergrund die Entwicklung thematisiert, dass der Wissenschaft das Monopol über die Definition, die Bewertung und die Konsequenzen von sowie den Umgang mit Nichtwissen zunehmend streitig gemacht wird und sich die Wahrnehmungen und Interpretationen von Nichtwissen in der Gesellschaft pluralisieren.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass die Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten ihre vormals unumschränkte Autorität und Legitimität eingebüßt hat. Auch in anderen, vormals durch die Wissenschaft bestimmten Kontexten treten neue Akteure hervor und fordern diese heraus. So steht wissenschaftliches Wissen heute oftmals – etwa wenn es als Entscheidungsgrundlage fungiert – in Konkurrenz zu anderen Wissensformen und erweist sich dabei nicht notwendigerweise als das überlegene Wissen (Schulz-Schaeffer/Bösch 2003: 23). Ausgehend vom Verständnis der spätmodernen Gesellschaften als Wissensgesellschaften, der damit einhergehenden zentralen Rolle von Wissen für die Gesellschaft und der gleichzeitigen Herausforderung des wissenschaftlichen Wissens durch andere Wissensformen bieten sich somit heute neue Möglichkeiten im Hinblick auf eine „Demokratisierung von Expertise“ (u. a. Martinsen 2010).

### 2.2.3 Zwischenfazit

Die gravierenden Veränderungen der Gesellschaftsordnung in den vergangenen Jahrzehnten, die zur Herausbildung der Wissensgesellschaft geführt haben, fordern nicht nur in besonderem Maße die Wissenschaft heraus, sie stellen auch neue Anforderungen an die Politik. Evident wird dies etwa im Hinblick auf die politische Entscheidungsfindung. Komplexität, Zeitdruck, Unsicherheit und Nichtwissen im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen nehmen stetig zu.<sup>55</sup> Politische (Spitzen-)Akteure sind zunehmend überfordert, wenn sie Entscheidungen auf Basis einer enormen Fülle an Informationen und Wissen, Komplexität, Ungewissheit oder Nichtwissen treffen müssen. Sie sehen sich hierdurch mit wachsenden „Entscheidungszumutungen“ (Korte 2011: 465) konfrontiert. Und – wie bereits thematisiert – auch die Wissenschaft ist heute kaum mehr in der Lage, verlässliche Expertise auf Basis gesicherten Wissens im Sinne einer wissenschaftlichen Politikberatung bereitzustellen.

Welche Auswege aus diesem Dilemma sind möglich? Wie lassen sich vor diesem Hintergrund Qualität wie Legitimität politischer Entscheidungen gewährleisten und verbessern? Diesen Fragen ist in der sozialwissenschaftlichen Debatte der vergangenen Jahrzehnte besondere Bedeutung zugekommen. In weiten Teilen ging es dabei um eine Einbeziehung weiterer, nichtwissenschaftlicher Akteure im Sinne einer „partizipatorischen Expertise“ bzw. „partizipatorischen Politikberatung“, die neben wissenschaftlichen auch nichtwissenschaftliche Experten, Stakeholder und insbesondere auch „einfache Bürger“ mit ihrem spezifischen Wissen, ihren Wertvorstellungen und Problemwahrnehmungen inkludiert.

---

55 Prominent zu beobachten war dies in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Eurokrise seit spätestens dem Jahr 2008.

Zwar wurden in der Vergangenheit starke Vorbehalte gegenüber einer solchmaßen partizipatorischen Ausweitung von Politikberatung geäußert. Die vorgebrachten Argumente reichten beispielsweise von einer unzureichenden Praktikabilität einer solchen Vorgehensweise über Verweise auf die Unterscheidung von privilegiertem Expertenwissen und Alltags- bzw. Laienwissen bis hin zu einem unterstellten Mangel an Zeit und Geduld der Öffentlichkeit, um sich mit komplexen politischen Thematiken zu beschäftigen. Sukzessive fand hier jedoch in den letzten Jahren ein Umdenken in Richtung mehr Partizipation der Öffentlichkeit statt. So wurde verstärkt der Bedarf nach alternativen bzw. neuen Formen und Instrumenten der Beteiligung und Mitwirkung im Rahmen der politischen Entscheidungsfindung in Gegenwartsgesellschaften artikuliert – über die „klassischen“ repräsentativ-demokratischen Formen (insbesondere Wahlen) und formellen Verfahren (etwa Bürgerbegehren/-entscheid, Petition) der Beteiligung der Bürger am politischen Prozess hinaus.

Als ein mögliches Instrument geraten vor diesem Hintergrund insbesondere verschiedene neuartige diskursive Beteiligungsverfahren ins Blickfeld. Als neuartig zu bezeichnen sind diese insofern, als sie auf organisierte Kommunikationsprozesse setzen und dabei über tradierte Formen politischer Beteiligung hinausgehen, die auf einer hierarchischen und konfrontativen Gegenüberstellung von Politik und Bürger basieren. Die Intention des Einsatzes dieser stärker horizontal ausgerichteten Verfahren besteht gerade darin, die soziale wie erkenntnistmäßige Basis kollektiver Entscheidungen zu verbreitern, indem der Teilnehmerkreis für die Erörterung von Lösungsoptionen und die Erarbeitung politischer Handlungsvorschläge im Zuge solcher Verfahren erweitert wird und nicht mehr nur die traditionellen Vertreter aus Politik, Wissenschaft oder organisierten Interessen, sondern auch Akteure aus sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und „einfache Bürger“ (als Betroffene oder Laien) beteiligt werden. Diese kommunikativen Konfliktregelungsinstrumente weisen generell eine große Formenvielfalt auf, wobei sie teilweise auf unterschiedlichen Beteiligungsmodellen basieren (Martinsen 2010: 122; dies. 2006a: 10).

Drei dieser Instrumente – namentlich Mediation im öffentlichen Bereich, Planungszelle sowie Konsensuskonferenz – sollen im weiteren Verlauf im Fokus der Betrachtung stehen. Dazu ist es jedoch zunächst geboten, die Funktion von politischer Beteiligung im Kontext unterschiedlicher Demokratietheorien zu erörtern, woran sich die Herausarbeitung von Kriterien für den Vergleich und eine Bewertung politischer Beteiligungsverfahren anschließt. Sodann erfolgen die eingehende Analyse, der Vergleich und die Bewertung besagter Beteiligungsinstrumente.

Partizipation in der Wissensgesellschaft  
Funktion und Bedeutung diskursiver  
Beteiligungsverfahren

Hebestreit, R.

2013, XVI, 208 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00484-2